

Unterrichtung

durch die Deutsche Delegation in der Nordatlantischen Versammlung

Bericht über die Sondersitzung der Nordatlantischen Versammlung am 25. Mai 1981 in Venedig

Die Nordatlantische Versammlung hielt ihre Frühjahrstagung vom 22. bis 25. Mai 1981 in Venedig ab und veranstaltete am 25. Mai eine Sondersitzung über das Thema „Ost-West-Beziehungen in den achtziger Jahren“.

Bundestag und Bundesrat entsandten folgende Delegation:

Bundestag:

Mitglieder:

Abg. Amrehn (CDU/CSU)
Abg. Biehle (CDU/CSU)
Abg. Dr. Hupka (CDU/CSU)
Abg. Petersen (CDU/CSU)
Abg. von Wrangel (CDU/CSU)
Abg. Dr. Corterier (SPD), Leiter der Delegation
Abg. Dr. Geßner (SPD)
Abg. Horn (SPD)
Abg. Ibrügger (SPD)
Abg. Neumann (Stelle) (SPD)

Stellvertretende Mitglieder:

Abg. Francke (Hamburg) (CDU/CSU)
Abg. Frau Krone-Appuhn (CDU/CSU)
Abg. Dr. Lenz (Bergstraße) (CDU/CSU)
Abg. Dr. Mertes (Gerolstein) (CDU/CSU)
Abg. Sauer (Salzgitter) (CDU/CSU)
Abg. Dr. von Wartenberg (CDU/CSU)
Abg. Möhring (SPD)
Abg. Voigt (Frankfurt) (SPD)
Abg. Jung (Kandel) (FDP)

Bundesrat:

Staatsminister Schmidhuber (CSU), Bayern, Stellvertretender Delegationsleiter
Frau Minister Griesinger (CDU), Baden-Württemberg
Senator Lange (SPD), Hamburg
Staatsminister Dr. Günther (SPD), Hessen

Staatsminister Böckmann (CDU), Rheinland-Pfalz
Ministerpräsident Zeyer (CDU), Saarland
Minister Dr. Dr. Barschel (CDU), Schleswig-Holstein

Die Plenarsitzung wurde im Sitzungssaal der Giorgio Cino-Stiftung auf der Insel San Giorgio Maggiore in Venedig mit einer Ansprache des italienischen Außenministers Emilio Colombo eröffnet. Er ging von der Feststellung veränderter Haltungen in den Ost-West-Beziehungen aus. Verglichen mit den sechziger und siebziger Jahren werde heute eine härtere Sprache gesprochen und im Mittelpunkt stünden die Verteidigungsprobleme. Es sei die wichtige Aufgabe der NAV, die Gründe deutlich zu machen, aus denen heraus die Bündnismitglieder sich zu größeren Verteidigungsanstrengungen zwecks Wahrung des notwendigen Machtgleichgewichts zwischen Ost und West gedrängt sähen. Unter den verschiedenen öffentlichen Meinungen müsse ein Konsens in Richtung dieser Ziele erreicht werden. Dies sei unabdingbar in einem Bündnis souveräner Staaten. Trotz bestehender Unterschiede in der Beurteilung mancher Punkte der internationalen Politik bleibe die Überzeugung unberührt, daß die Bündnisstaaten durch konstruktiven Dialog in der Lage seien, die beste Lösung für Probleme ihrer gemeinsamen Sicherheit zu finden.

In den siebziger Jahren hätten sich die Hoffnungen auf substantielle Abrüstungsvereinbarungen, auf eine merkliche Verringerung der militärischen Ausgaben und auf Spannungsabbau und stabile Beziehungen durch wirtschaftliche Verbindungen zwischen den beiden Blöcken gerichtet. Doch heute müsse man sich eingestehen, daß nicht nur manche Hoffnungen sich nicht erfüllt hätten, sondern einige Ziele in größere Entfernung als zuvor gerückt seien.

Die unterschiedliche Anwendung des Prinzips der Menschenrechte in Ost und West nach Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki charakterisiere

die jeweilige politische Hauptrichtung in den Ländern Osteuropas und des Westens. Neben die unbefriedigenden Resultate auf einem Gebiet träte das Ausbleiben greifbarer Ergebnisse bei den MBFR-Verhandlungen. Im Falle Polens hielten sich die Staaten des Westens strikt an das Prinzip der Nichteinmischung entsprechend der Schlußakte von Helsinki; ein Abweichen von diesem Prinzip müsse notwendigerweise ernste Auswirkungen auf das gesamte Ost-West-Verhältnis zeitigen.

Zweifellos bestehe darüber hinaus die objektive Notwendigkeit, die Ost-West-Beziehungen auch im globalen Maßstab zu betrachten, ohne den — angesichts des offensiven Verhaltens der UdSSR in Ländern wie Äthiopien, Angola oder Afghanistan — Bemühungen um Stabilisierung des Verhältnisses zum Osten vergeblich blieben. Ein korrektes „Allgemeinverhalten“ sei unabhängig vom geographischen Schauplatz zu fordern.

Während der vergangenen zehn Jahre habe der Westen im Dialog mit der UdSSR eine vertrauens- und hoffnungsvolle Haltung eingenommen. In dieser Zeit habe die Sowjetunion durch außergewöhnliche Rüstungsanstrengungen das globale Kräftegleichgewicht verändert. Dieses Gleichgewicht sei jedoch die Grundlage der Sicherheit und eine Voraussetzung jeder Politik, die auf einen vertrauensvollen Dialog abziele.

Insbesondere auf dem Gebiet der atomaren Gefechtsfeldwaffen habe das Ungleichgewicht unerträgliche Ausmaße angenommen und das westliche Bündnis gezwungen, ein sowohl nukleares als auch konventionelles Langzeitprogramm in Angriff zu nehmen. Einen Teil dieses Programms stelle der Nato-Doppelbeschluß vom Dezember 1979 dar, der neben der Modernisierung von Streitkräften des Bündnisses der Sowjetunion zugleich die Möglichkeit biete, über Reduzierungen dieser Streitkräfte auf mit den Sicherheitserfordernissen der beiden Blöcke vereinbarten Niveaus zu verhandeln. Das Prinzip dieses Doppelbeschlusses sei kürzlich in Rom noch einmal unterstrichen worden. Eine Verzögerung des Modernisierungsprogramms bedeute zugleich Verringerung der Glaubwürdigkeit und der Chance, mit der Sowjetunion zu einem wirksamen und dauerhaften Abkommen zu gelangen.

Neben der Bedrohung des Bündnisses von außen wies Außenminister Colombo auch auf die Gefahren des Terrorismus von innen hin, die eine solidarische Zusammenarbeit der Bündnispartner erfordere, wo immer der Terrorismus in Erscheinung trete — auch in Ländern außerhalb des Bündnisses.

Die Solidarität der Bündnispartner auf der Grundlage gemeinsamer Sicherheit stelle auch den Rahmen dar für baldige weitere Verhandlungen der USA mit der Sowjetunion über Abbau oder Reduzierung der SS-20 Raketen, von deren Erfolg wiederum eine Überprüfung des NATO-Modernisierungsbeschlusses von 1979 abhängt. Trotz der ungünstigen Erfahrungen der Vergangenheit gebe es jedoch keine vernünftige Alternative zu einem positiven Dialog mit dem Osten, so sehr man wiederum dessen Grenzen im Auge behalten müsse.

Angesichts der weltweiten sowjetischen Expansionsbestrebungen könne das Konzept der Sicherheit des Westens nicht länger auf das NATO-Vertragsgebiet beschränkt bleiben. Gegenüber globalen Bedrohungen müßten die Bündnispartner mehr und mehr auf enge und rasche Konsultationen zurückgreifen. Ziel der achtziger Jahre müsse die Erreichung eines *modus vivendi* mit dem Osten nicht nur in Europa, sondern in allen Teilen der Welt sein.

Im Hinblick auf eine zukünftige Konferenz für Abrüstung in Europa nannte es Außenminister Colombo eine erste Aufgabe, ein Paket vertrauensbildender Maßnahmen für ein Anwendungsgebiet vom Atlantik zum Ural zu entwickeln.

In der Gestaltung der Beziehungen zur Dritten Welt mangle es dem Westen immer noch an einer Strategie, die über bloße Eindämmung sowjetischer Expansion hinausgehe und einen uneigennütigen Beitrag zur Lösung der großen wirtschaftlichen und sozialen Probleme leiste.

Die italienische Außenpolitik leiste für die Sicherheit des Bündnisses aufgrund der strategischen Lage des Landes ihren Beitrag durch Sicherung des mediterranen Raumes. In dieser Hinsicht würde der Beitritt Spaniens zum Bündnis eine positive Entwicklung bedeuten. Größere Stabilität im Mittelmeerraum könne auch der europäische Einigungsprozeß durch Öffnung der EG für Spanien und Portugal bewirken. Der Beitritt dieser beiden Länder zum Gemeinsamen Markt sei nicht ohne Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen der Südküste des Mittelmeeres denkbar, und dies lege die Idee eines „mediterranen Lomé“ nahe.

Abschließend unterstrich Außenminister Colombo noch einmal die Bedeutung des Kräftegleichgewichts als Vorbedingung eines konstruktiven Ost-West-Dialogs. Militärisch gesehen habe der Westen bei den nuklearen Gefechtsfeldwaffen eine Lücke zu füllen. Als politische Einheit betrachtet, habe das Bündnis zu einem Zusammenwachsen europäischer Staaten geführt, das in Gestalt der Europäischen Gemeinschaft den grundlegenden Sicherheitsgedanken des Bündnisses unterstütze. Als Leitlinien der zukünftigen Politik des Bündnisses müßten die Wahrung der Sicherheit, Gesprächsbereitschaft und globale Betrachtungsweise gelten.

Abg. **Forrestall** (Kanada) leitete die Aussprache ein mit einem Hinweis auf den zu erwartenden Wechsel in der sowjetischen Führung. Er unterstrich die Bedeutung zukünftiger Rüstungskontrollverhandlungen. Abg. **Zagari** überbrachte als italienischer Vizepräsident des Europäischen Parlaments die Grüße dieser Versammlung. Er wies darauf hin, daß das System der politischen Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, das auf den Gipfel von Den Haag zurückgehe, sich bewährt habe und erwähnte einen Bericht des Europäischen Parlaments, in dem die Schaffung eines ständigen politischen Sekretariats gefordert worden sei, in dem die Gemeinschaft berührenden Probleme vorberaten werden könnten. Dies lasse sich als Vorstufe einer späteren politischen Union ansehen. Die unter den Mitgliedern abgesprochenen Konsultationsverfahren

schienen sich zu verstärken. Europa dürfe nicht nur als passives Element auftreten, sondern müsse die gleiche Ausgangsposition wie etwa die Vereinigten Staaten und Kanada haben. Ein weiterer Gast, der spanische Beobachter, Abg. *Ballarin*, gab der Hoffnung Ausdruck, daß sein Land bald als Mitglied der Europäischen Gemeinschaft und des Atlantischen Bündnisses an deren Arbeiten teilnehmen werde.

Abg. *Amrehn* (Bundesrepublik Deutschland) wies darauf hin, daß sich in die in den achtziger Jahren entstandene Ungewißheit eine neue Propagandawelle der Sowjetunion gegen die NATO hineindränge. Die Sowjetunion gebe vor, daß das strategische Gleichgewicht zur Zeit bestehe und daß durch den Doppelbeschluß Ungleichgewicht geschaffen werde. Damit solle ein Keil zwischen Amerika und Europa getrieben werden. Hierfür gebe es nur eine Antwort: Der Friede sei bisher nur durch die Existenz der NATO gesichert worden; das Bündnis bleibe auch in den achtziger Jahren die entscheidende Bedingung für Freiheit und Frieden. Im Verhältnis der Europäer zu den Amerikanern habe es immer schon Differenzen gegeben; dennoch seien immer gemeinsame Aktionen erreicht worden. Heute seien die Differenzen stärker denn je, weil sich die USA und Europa noch immer nicht zu einer übereinstimmenden Analyse der Ereignisse in Afghanistan zusammengefunden hätten. Amerikaner und Europäer müßten eine gemeinsame Strategie des Friedens entwickeln. Alles, was geschehen sei, entbinde jedoch den Westen nicht von dem Versuch, mit der Sowjetunion zu einer Begrenzung und Kontrolle der Rüstung auf der Grundlage des Gleichgewichts zu kommen. Es sei falsch, wenn erst Verhandlungen und dann die Nachrüstung — und umgekehrt — gefordert würden; beides müsse gleichzeitig geschehen. Die Entscheidung über die Nachrüstung und die gleichzeitigen Verhandlungen sei im Dezember 1979 von der Bundesregierung getroffen worden; sie sei vom Bundestag unterstützt worden. Die Opposition im Bundestag, die fast die Hälfte der Abgeordneten ausmache, unterstütze den Nachrüstungsbeschluß mit allen Kräften. Eine kleine Minderheit im Bundestag, die gegen den Beschluß der Bundesregierung sei, spreche nicht für das Volk. Es komme weniger auf die Finanzen und die 3 %ige Erhöhung der Verteidigungskosten an; die Moral, die Erneuerung der Gesinnung, die zur Gründung der NATO geführt habe, sei wichtiger als das Geld.

Auf die nichtmilitärischen gemeinsamen Aufgaben des Bündnisses im kulturellen und wirtschaftlichen Bereich, namentlich auch gegenüber Ländern außerhalb des Bündnisgebietes, wiesen Abg. *Hopkins* (Kanada) und Senator *Mathias* (USA) hin. Letzterer erinnerte an Lenins Wort, daß der Weg nach London und Paris über Kalkutta führe, das heißt über die Länder, in denen sich die Kluft zwischen Arm und Reich destabilisierend auswirke.

Abg. *Dr. Mertes* (Gerolstein) (Bundesrepublik Deutschland) führte aus, die Entspannung habe in weiten Kreisen der Bevölkerung dazu geführt, daß das Bewußtsein von der Natur der sowjetischen Bedrohung zurückgegangen sei. Es komme nicht darauf an, einen irrationalen Antikommunismus zu

entwickeln, sondern die Sowjetunion müsse in dem, was sie sage und wolle, ernst genommen werden. Im Bündnis sei eine Besinnung auf die gemeinsame Einschätzung der Gefahr erforderlich. Die Strategie der Sowjetunion liege in den Tresoren des Kremls als Meisterplan zur Eroberung der Welt. Dazu habe die Sowjetunion zwei Motive: einen unersättlichen Sicherheitsbegriff und die Vorstellung, daß die Welt erst Frieden haben werde, wenn sie kommunistisch sei. Es gebe keinen selbsttätigen Rüstungswettlauf, sondern einen Einflußwettlauf, den die Sowjetunion gewinnen wolle. Afghanistan, Jemen, Afrika und Asien zeigten, daß sie eine direkte Expansion betriebe. Es gebe aber auch eine psychologische Expansion. Die Sowjetunion versuche in der Bundesrepublik und in ganz Westeuropa die spezifischen Interessen des geteilten deutschen Volkes gegen den Westen auszuspielen. Die Früchte der Entspannung der siebziger Jahre im menschlichen Bereich würden heute von der DDR zurückgenommen und als Erpressungsmittel gegen die Bundesrepublik Deutschland eingesetzt. Die Sowjetunion wolle die schleichende Neutralisierung der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropas. Es sei grotesk, daß nach der sowjetischen Aufrüstung der Eindruck entstanden sei, die Vereinigten Staaten müßten beweisen, daß sie für Abrüstung und Entspannung seien. Die Vereinigten Staaten hätten genug Beweise guten Willens gegeben, aber in Wien und in Genf komme es zu keinem Erfolg, weil die Sowjetunion nicht zur Transparenz bereit sei. Mit den Verhandlungen selbst sei die Schlacht des Friedens noch nicht gewonnen. Ohne diese Transparenz in militärischen Doktrinen, Potentialen und Haushalten werde die Sowjetunion die Verhandlungen mißbrauchen, um die westliche Wachheit einzuschläfern. Mit einem Hinweis auf die Entwicklung in Polen verband Abg. *Mertes* die Feststellung, daß es in den kommenden Jahren auch Sachzwänge für die Sowjetunion geben werde. Die Ereignisse in Polen zeigten, daß es Gründe dafür gebe, der Macht des Geistes zu vertrauen. Der Preis der Freiheit sei immerwährende Wachsamkeit. Dies habe in der jüngsten Zeit nachgelassen, und es gelte jetzt, nüchtern und wachsam die Zukunft zu bestehen.

In drei Interventionen von amerikanischer Seite (Abg. *Stratton*, *Peyser* und Senator *Pell*) kam die Entschlossenheit der neuen Administration zum Ausdruck, in Rüstungskontrollverhandlungen mit der Sowjetunion nicht auf das militärische Gleichgewicht zu verzichten. Im Hinblick auf die Ereignisse in Afghanistan und Polen sei man in den USA erfreut über das Kommuniqué der NATO-Außenminister von Rom. Die amerikanische Öffentlichkeit erwarte, daß die Europäer angesichts wachsender westlicher Sicherheitsaufgaben, wie z. B. Schutz des Golfgebietes, zu einer weitergehenden Beteiligung an den Lasten bereit seien. Die letztere Forderung machte sich auch der britische Abg. *Johnson-Smith* zu eigen. An die Adresse des NATO-Rats gewandt forderte Senator *Pell* (USA), die Beschlüsse der NAV sollten nicht lediglich formell vom Generalsekretär der NATO beantwortet, sondern in aktiver Beratung vom Rat selbst angenommen oder zurückgewiesen werden.

Der dänische Abg. *Arentoft* wies den Gedanken zurück, aus wirtschaftlichen Gründen erforderliche Sparmaßnahmen in Bündnisländern auch auf den Verteidigungssektor anzuwenden, da diese Kosten von der Bedrohung aus dem Osten diktiert würden. Abg. *Duffy* (Vereinigtes Königreich) sah die Fähigkeit des Bündnisses, zukünftige Probleme zu lösen, weniger mit Fragen der Militärtechnologie und des Machtgleichgewichts verknüpft, als vielmehr mit solchen des Krisenmanagements und der politischen Führung. Er hoffte, die Sowjets würden angesichts wirtschaftlicher Schwierigkeiten die möglichen Vorteile einer echten Entspannung erkennen. Insbesondere wünschte er sich von der neuen amerikanischen Regierung stärkere Konsultation der europäischen Verbündeten. Für verstärkten Gedankenaustausch über unterschiedliche Auffassungen zwischen Europa und Amerika in verteidigungspolitischen Fragen sprach sich auch der Abg. *Frinking* (Niederlande) aus. Als Stichworte der notwendigen Sicherheitspolitik des Bündnisses nach Osten nannte er: Modernisierung der TNF zur echten Abschreckung, Rüstungskontrollverhandlungen und Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen zu Osteuropa.

Abg. *Petersen* (Bundesrepublik Deutschland) führte aus, die europäischen Regierungen hätten nicht deshalb über die Modernisierung der Mittelstreckenraketen entschieden, um den Vereinigten Staaten einen Gefallen zu tun, sondern im Interesse unserer Sicherheit. Abgesehen von den Amerikanern verfügten die Deutschen über die stärkste Streitkraft in Europa, und die Bündnispartner drängten darauf, daß die Bundesrepublik Deutschland noch mehr tue. Er wisse nicht, ob sie dadurch populärer würde. Die Deutschen könnten nicht erwarten, wenn auch 80 % von ihnen nach dem Tod Hitlers geboren seien, daß jene Länder, denen sie vor vierzig Jahren sehr viel Schaden zugefügt hätten dies vergäßen. Aber die Deutschen bäten im Interesse des Aufbaus einer neuen Zukunft um Zusammenarbeit. Der Gedanke der Freiheit werde von Tag zu Tag stärker. Die Menschen müßten ihr eigenes Leben in die Hand nehmen können — auch in Polen — und es nach der dem Menschen innewohnenden Würde formen können.

Auf die Bedeutung der Beziehungen zwischen dem Atlantischen Bündnis und der heranwachsenden Generation verwies Abg. *Comtois* (Kanada). Er warb

für den Vorschlag, 1983 in Europa eine Versammlung von Jugendlichen aller Bündnisländer zu veranstalten, um die Ziele der Allianz in der Öffentlichkeit zu verdeutlichen.

Abg. *Francke* (Hamburg) (Bundesrepublik Deutschland) wies darauf hin, daß die Bereitschaft zur Verteidigung von Frieden und Freiheit uneingeschränkt vorhanden sei; die Verständigung im Dialog, besonders über die Abstimmung der Strategie zwischen den Vereinigten Staaten und Europa, müsse intensiviert werden. Die junge Generation in den Mitgliedsländern hätte wohl die Diskussion der Versammlung nicht verstanden, weil sie seit langem in Frieden lebe. Soweit sie wüßten, daß es das Bündnis gebe, empfänden sie seine Politik als Abfolge von Zwangsläufigkeiten, die ihnen eine Mitgestaltung erschwere. Sie wollten sich stärker den Problemen der Dritten und Vierten Welt zuwenden. Dies sei eine Folge der Bildungssysteme und -inhalte, denen die junge Generation begegne. Das Bündnis müsse deshalb seine historischen Grundlagen neu definieren und gleichzeitig die Ziele der Zukunft beschreiben. Es müsse klar herausgearbeitet werden, daß nur die Existenz des Bündnisses den jungen Menschen die Möglichkeit gebe, ihr Leben und die Politik ihrer Länder zu gestalten. Es sei zu befürchten, daß die Unterstützung für die Politik des Bündnisses abnehmen würde, wenn es nicht gelinge, der Jugend zu zeigen, daß das Bündnis keine geschlossene Gesellschaft des alten Europa sei, sondern eine offene Gesellschaft, die Zukunft habe.

— — —

Die der SPD- und FDP-Fraktion angehörenden Mitglieder der Delegation mußten zur Teilnahme an Fraktionssitzungen in Bonn am 24. Mai 1981 Venedig verlassen und konnten deshalb nicht an der Plenarsitzung am 25. Mai 1981 teilnehmen.

Die Jahreskonferenz der Nordatlantischen Versammlung wird vom 12. bis 16. Oktober 1981 in München stattfinden.

Schmidhuber

Stellvertretender
Leiter
der Delegation

Dr. Corterier

Leiter der Delegation